

ANTRAG

der Abgeordneten Mag.^a Rausch, Waldhäusl, Hauer, Mag. Hackl, Dr. Michalitsch,
Ing. Rennhofer, Ing. Schulz und Edlinger

gemäß § 34 LGO

zum Antrag LT-1058/A-3/179-2016

betreffend **Maßnahmen gegen politisch-religiösen Fanatismus in Österreich
sowie zum Schutz der heimischen Bevölkerung vor Terror**

Die Terroranschläge der letzten Jahre und Monate sind ein erschütterndes Zeichen der Verwundbarkeit unserer Werteordnung. Die vermeintlich weit entfernten geopolitischen Konfliktherde haben somit den Weg nach Europa gefunden und massive Auswirkungen auf das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. In schrecklicher Erinnerung sind noch die Terroranschläge in Paris am 13. November 2015, wo 130 Menschen getötet und unzählige andere Menschen sowohl körperliche als auch psychische Schäden davongetragen haben. Und auch in diesem Jahr mussten wir etwa in Nizza oder Würzburg miterleben, wie fanatisierte Täter hunderte Menschen töten oder verletzen. Diese Entwicklungen fordern vom Staat, entsprechende Maßnahmen zur Vorbeugung und Verhinderung von Terroranschlägen zu forcieren.

Von großer Bedeutung im Zusammenhang mit der Terrorbekämpfung ist der Kontakt von österreichischen Sicherheitsbehörden zur Bevölkerung. Dies ermöglicht in vielen Fällen das frühzeitige Erkennen von Gefährdungen und gibt den Sicherheitsbehörden die Möglichkeit einzuschreiten. Begleitend dazu müssen innerbehördliche Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen getroffen werden. Mit dem Jahr 2014 wurden sogenannte Sensibilisierungsveranstaltungen für Polizeibeamte sowie

Präventionsbedienstete gestartet. Es soll dabei insbesondere vermittelt werden, wie auf Anzeichen (z.B. Radikalisierung), die von der Bevölkerung wahrgenommen werden, richtig zu reagieren ist. Diese Veranstaltungen wurden in den Jahren 2015 und 2016 fortgesetzt. Eine Weiterführung dieser sinnvollen Maßnahme auch im Jahr 2017 und darüber hinaus wird als unbedingt erforderlich erachtet.

Aber auch Projekte zur Konfliktprävention und -bewältigung, Informations- und Begegnungsangebote und Beratungsstrukturen sind verstärkt auszubauen. Um in diesem sensiblen Bereich umfassende Beratung und größtmöglichen Schutz der Bevölkerung sicherzustellen werden zahlreiche Projekte und Initiativen von den österreichischen Staatsschutzbehörden umgesetzt bzw. entsprechend koordiniert und unterstützt.

Der geplante Personalausbau und die im Bundesfinanzrahmengesetz für das BMI bis 2019 vorgesehenen 2373 zusätzlichen Exekutivplanstellen sind rasch voranzutreiben. Zum Schutz der Polizistinnen und Polizisten muss die Ausrüstung wie etwa Schutzwesten oder Helme in ausreichender Anzahl angeschafft werden und in ihrer Qualität den höchsten Anforderungen entsprechen.

Der Bedrohung durch ausländische Kämpfer, die unter dem Deckmantel des Asyls in Österreich einreisen, muss konsequent entgegengewirkt werden. Alle straffälligen Asylwerber und Asylberechtigte bzw. Personen, die in Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten verdächtig sind, sind unter Anwendung der strafrechtlichen und fremdenpolizeilichen Bestimmungen zu verfolgen. Neben der möglichen Aberkennung des Asylstatus ist eine Außerlandesbringung und Rückführung in die Herkunftsländer bei Vorliegen der Voraussetzungen durchzuführen. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, eine gemeinsame europäische Lösung in den Bereichen Außengrenzschutz und Migration zu erwirken und unmittelbar durch Entsendung von Personal und Technik im Rahmen von Frontex bzw. durch Zurverfügungstellung von Expertenwissen ihren Anteil dazu beizutragen. Darüber hinaus sind derzeit aber auch noch nationale Vorbereitungen (infrastruktureller und rechtlicher Art) respektive Maßnahmen (wie ua Durchführung

temporärer Grenzkontrollen) notwendig, um die im Zusammenhang mit unkontrollierter Migration einhergehenden Gefährdungen zu minimieren.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Die Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern

- ehestmöglich die benötigten Budgetmittel für den geplanten Personalausbau im Bereich des Bundesministeriums für Inneres bereitzustellen, um die vorgesehenen 2.373 zusätzlichen Exekutivdienstplanstellen schaffen zu können,
- sich auf europäischer Ebene für eine rasche gemeinsame EU-weite Lösung in den Bereichen Außengrenzschutz und Migration einzusetzen und unmittelbar durch Entsendung von Personal und Bereitstellung von Technik im Rahmen von Frontex, sowie durch Anbieten von Expertenwissen den österreichischen Anteil dazu beizutragen,
- sich auf internationaler Ebene für eine Intensivierung des Datenaustausches im Bereich der Bekämpfung terroristischer Strukturen einzusetzen,
- im Bereich der Staatsschutzbehörden Projekte und Initiativen zur Konfliktprävention und -bewältigung, sowie Sensibilisierungsmaßnahmen zu forcieren und Informations- bzw. Beratungsstrukturen auszubauen,
- zum Schutz der Exekutivbeamtinnen und Beamten qualitativ hochwertigste Ausrüstung, wie etwa Schutzwesten und Helme in ausreichender Anzahl anzuschaffen,
- die erforderlichen organisatorischen und infrastrukturellen Vorbereitungsarbeiten zu leisten, um einer etwaigen neuen akuten Flüchtlingswelle entsprechend begegnen zu können bzw. Gefährdungen im Zusammenhang mit unkontrollierter Migration zu minimieren,

- gemeinsam mit dem Bundesminister für Justiz, notwendige legislative Schritte im Rahmen der Strafrechtspflege voranzutreiben, um ausländische Straftäter rascher außer Landes bringen zu können.

2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag LT-1058/A-3/179-2016 miterledigt.“